

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Houssallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 02 86 846 ppbn d

Inhalt

Karsten D. Voigt MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, zum Gedenken an Pierre Mendes-France: Leitfigur der französischen Linken. Seite 1

Peter Glotz sagt Ja zu medientechnischen Innovationen: Aber Kohl darf soziale Verpflichtung nicht außer acht lassen. Seite 2

Rudi Walther MdB untersucht die "geistig-moralische Erneuerung" des Herrn Kohl: ... und die Auswirkung für den Steuerzahler. Seite 3

Herbert Ehrenberg MdB stellt fest, daß weder Kohls Koalitionsvereinbarung noch die Regierungserklärung einen Weg aus der Arbeitslosigkeit weisen: Die Skepsis der Sachverständigen ist verständlich. Seite 5

37. Jahrgang / 199

19. Oktober 1982

Leitfigur der französischen Linken

Zum Gedenken an Pierre Mendes-France

Von Karsten D. Voigt MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Pierre Mendes-France gehört ohne Zweifel zu den bedeutendsten Nachkriegspolitikern Frankreichs. Sein Tod ist ein schwerer Verlust für die französische und europäische Linke. Er war nur kurze Zeit Ministerpräsident in der IV. Republik, vom 8. Juni 1954 bis zum 5. Februar 1955, aber in dieser kurzen Amtsperiode wurden außerordentlich wichtige Entscheidungen gefällt.

Die bedeutendste - und das war eines seiner wichtigsten politischen Ziele -: Beendigung des französischen Indochina-Kriegs. Pierre Mendes-France war jedoch nicht nur einer der schärfsten Kritiker des französischen Engagements in Indochina, sondern der französischen Kolonialpolitik überhaupt und auf diesem Gebiet weitsichtiger als viele andere. Er war es auch, der die Unabhängigkeit Tunesiens und Marokkos in die Wege leitete.

Von großer politischer Tragweite für Europa war der Abschluß der Pariser Verträge im Oktober 1954 und die Lösung der Saar-Frage. Mit den Pariser Verträgen, die der Bundesrepublik die Souveränität und Mitgliedschaft in der NATO und in der WEU ermöglichten, wurde zugleich das Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zu Grabe getragen.

Mit der Regelung der Saar-Frage wurde ein schwerer Stolperstein in den deutsch-französischen Beziehungen beseitigt. Der Ausbau der deutsch-französischen Beziehungen und Europas konnte danach auf einer neuen Grundlage beginnen. Pierre Mendes-France hat für die französische und europäische Politik Weichen gestellt.

Sein Ansehen in Frankreich und bei uns beruhte gleichermaßen auf politischer Weitsicht wie auf entschlossenem politischen Handeln. Auch ohne Regierungsamt behielt er seinen politischen Einfluß als Schriftsteller und Berater, unter anderem von Francois Mitterrand und Willy Brandt in der Nord-Süd-Kommission.

Sein Denken und Handeln bleibt unvergeßlich.

(-/19.10.1982/bgy/ca)

Verlagsgesellschaft
des Sozialdemokratischen
Pressedienstes



Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 9 12-1

+ + +

Ja zu medientechnischen Innovationen
-----**Aber Kohl darf soziale Verpflichtung nicht außer acht lassen**

Von Dr. Peter Glotz

Bundesgeschäftsführer der SPD

In seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag sagte Bundeskanzler Helmut Kohl unter anderem zu, die von ihm geführte Regierung wolle "den Weg freigeben für die Anwendung moderner Techniken und die Entwicklung neuer Technologien, vor allem im Kommunikationswesen". Dieses Versprechen ist müßig: Dieser Weg ist durch die abgelöste sozialdemokratisch geführte Regierung längst freigegeben worden. Die SPD plädiert seit längerem dafür - und sie ist in dieser Frage mit der FDP einig - medientechnische Innovationen auf breiter Front zu fördern, wenn sie Information und Kommunikation verbessern, der Modernisierung der Volkswirtschaft und der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dienen, neue Arbeitsplätze schaffen oder bestehende langfristig sichern, das Leben am Arbeitsplatz erleichtern und sich in den Grenzen volkswirtschaftlich vertretbarer Investitionen halten.

Diese Forderung der SPD ist zumindest dem medienpolitischen Berater Helmut Kohls, dem neuen Postminister Dr. Schwarz-Schilling, seit langem bekannt. Er weiß auch, daß die SPD die Förderung und den Ausbau der geschäftlichen Dienste unterstützt, weil sie frühzeitig erkannt hat, daß in den neuen Kommunikationsdiensten wie zum Beispiel in der Übertragung von Daten und Texten, im Ausbau von Dialog- und Abrufdiensten, in Konferenzschaltungen und schnellem Fernkopieren große Chancen für Industrie, Verwaltung, Bundespost, Banken, Versicherungen, Handel, Handwerk und für den Dienstleistungsbereich liegen.

Soweit so einig. Medienpolitisch gestritten wird zwischen der neuen Bundesregierung und der SPD auch künftig auf einem eng benachbarten Feld: Wir werden auch künftig dagegen kämpfen, daß mit der populären und seriösen Forderung, unsere Wirtschaft stabil zu halten, mit neuen Kommunikationstechniken zugleich ein, wie wir meinen, sinnlose Vervielfältigung gleichartiger kommerzieller Rundfunkprogramme betrieben wird - über den Kopf des mündigen Bürgers hinweg, auf den CDU und CSU sich oft und gerne berufen und zu Kosten, die seriöse Einschätzungen zufolge bei über hundert Milliarden DM liegen, in einer Höhe also, die von einer sozial verpflichteten Regierung nicht zu verantworten sind.

(-/19.10.1982/bgy/ca)

+ + +



Die "geistig-moralische Erneuerung" des Herrn Kohl

... und die Auswirkungen für den Steuerzahler

Von Rudi Walther MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Öffentliche Finanzwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion

Die Regierung Kohl/Zimmermann/Genscher ist mit dem Anspruch der "geistig-moralischen Erneuerung" angetreten; mit der Absicht, "einen neuen Anfang zu machen" und vor allem "die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen".

Was solche großen Ankündigungen wert sind, zeigt sich erst in der täglichen Arbeit; und hier sieht die bisherige Bilanz nicht gerade berauschend aus. Die neue Regierung hat vor allem auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik die meisten der früher gegebenen Versprechen zurücknehmen müssen und das Gegenteil von dem beschlossen, was vorher lauthals angekündigt wurde.

Die "geistig-moralische" Qualität einer Regierung zeigt sich aber nicht zuletzt auch im Umgang mit dem Regierungsapparat; in der Frage, ob Parteiinteresse und Regierungsauftrag sauberlich voneinander getrennt werden. Und hier gibt es bereits jetzt eine ganze Reihe von Beispielen, die zeigen, daß diese Regierung Parteiinteressen unzulässigerweise über das Allgemeinwohl stellt - und das Ganze auf Kosten des Steuerzahlers. Drei Beispiele:

1. Entlassung politischer Beamter

Seit dem Regierungswechsel sind zehn beamtete Staatssekretäre und rund dreißig Ministerialdirektoren in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Eine neue Regierung hat sicherlich grundsätzlich das Recht, die wichtigsten Beamtenstellen mit Leuten ihres Vertrauens zu besetzen, aber: hat denn eine Übergangsregierung, die - jedenfalls nach ihren eigenen Behauptungen - nur knapp sechs Monate bis zum März amtiert, die Legitimation, so weitreichende Entscheidungen zu treffen? Denn das Ganze kostet ja auch eine Menge Geld: ein Staatssekretär bezieht in den ersten fünf Jahren nach Versetzung in den Ruhestand etwa 10.000 DM monatlich, ein Ministerialdirektor etwa 7.500 DM. Daraus ergeben sich monatliche Zusatzkosten von insgesamt rund 350.000 DM, das sind über vier Millionen DM im Jahr und mehr als 20 Millionen DM in fünf Jahren. Wäre es auch angesichts dieser finanziellen Belastungen nicht möglich gewesen, wenigstens die Übergangszeit bis zum März 1983 zu überbrücken? Das giltum so mehr, als jetzt in aller Eile zweifellos hochqualifizierte Beamte entlassen werden, ohne daß für gleichwertigen Ersatz gesorgt ist. An der Qualifikation der Nachfolger sind - jedenfalls in einzelnen Fällen - durchaus Zweifel anzumelden.

2. Ernennung zusätzlicher Parlamentarischer Staatssekretäre

Gegenüber der Regierung Schmidt wurde das Kabinett Kohl um einen Staatsminister und drei Parlamentarische Staatssekretäre erweitert. Es ist wohl nicht falsch zu vermuten, daß diese Erweiterung notwendig war, um dem parteipolitischen Proporz Rechnung zu tragen und alle diejenigen unterzubringen, die 13 Jahre lang auf diese Gelegenheit gewartet haben.

Ausschlaggebend für die Erweiterung war wohl auch die Absicht, in den Ministerien des jeweiligen Koalitionspartners Aufpasser unterzubringen. So soll der rechtskonservative Hans-Hugo Klein (CDU) im Justizministerium den farblosen Engelhard (FDP) beaufichtigen. Als Ausgleich dafür wurde beim Verteidigungsministerium ein neuer Parlamentarischer Staatssekretär installiert, der der FDP zufiel. Die Kosten: Ein Parla-



mentarischer Staatssekretär bezieht pro Jahr rund 170.000 DM, hinzu kommen Personalausgaben für einen persönlichen Referenten, mindestens eine Sekretärin und einen Kraftfahrer in Höhe von 180.000 DM: Das macht bei vier zusätzlichen Staatssekretären insgesamt 1,4 Millionen DM pro Jahr. Ist es vertretbar, um des parteipolitischen Proporzwillen in solchem Umfang öffentliche Mittel aufzuwenden?

3. Ernennung von CDU-Generalsekretär Geißler zum Familienminister

Mit der Ernennung von Heiner Geißler zum Minister für Jugend, Familie und Gesundheit setzt die CDU eine alte "Tradition" der Verquickung von Partei- und Regierungsämtern fort. Schon Bruno Heck schaffte es, diese beiden Funktionen zu verbinden. Man muß hier fragen: Was ist hier eigentlich Haupt- und was ist Nebentätigkeit? Ist dieses Ressort so unbedeutend, daß man es gewissermaßen mit der linken Hand bewältigen kann? Ist das ein Beispiel für die geistig-moralische Erneuerung, die Helmut Kohl dem Land versprochen hat?

Ausgeglichen werden soll all dies durch die angebliche fünfprozentige Kürzung der Bezüge von Ministern und Parlamentarischen Staatssekretären. Doch in Wirklichkeit handelt es sich hier um einen großen Bluff. Tatsächlich hatte schon die Regierung Schmidt beschlossen, auf die der Beamtenbesoldung entsprechende Anpassung von 3,6 Prozent ab 1. August zu verzichten, was von der neuen Regierung jetzt rückgängig gemacht wird. Rechnet man das ein, führt der Kohl-Beschluß lediglich zu einer Kürzung von nicht ganz 1,4 Prozent (auf ein Jahr hochgerechnet brächte das Einsparungen von ungefähr 100.000 DM, verglichen mit den oben genannten Mehraufwendungen ein recht bescheidener Betrag). Für 1982 entstehen sogar Mehrausgaben, weil der Beschluß der alten Regierung (Kürzung zum 1. August) aufgehoben wurde und der Beschluß der neuen Regierung erst ab 1. November 1982 gilt; dies ist der Öffentlichkeit bisher noch gar nicht recht bewußt geworden.

Der SPIEGEL stellte in der vergangenen Woche fest: "Das persönliche Sparopfer der neuen Regierung erweist sich jedoch als klägliches Almosen. Schon das Kabinett Schmidt hatte freiwillig auf die Anhebung für 1982 verzichtet - auf rund 600 Mark pro Monat. Kohls Plan berücksichtigte dies jedoch nicht. Er legte den - höheren - gesetzlichen Gehaltsanspruch der Minister zugrunde und klammerte die beträchtlichen Ortszuschläge aus. Tatsächlich, so errechneten Bonner Haushaltsexperten, ist die Einsparung gegenüber den freiwillig reduzierten Gehältern von Schmidts Regierungsmannschaft minimal: 37 Mark und 90 Pfennig pro Monat und Minister."

Wenn der (alte und neue) Staatssekretär im Innerministerium, Hartkopf, versucht, diese Tatsachen durch Spitzfindigkeiten zu verschleiern und behauptet, das was jetzt gemacht werde, sei doch viel weitergehend als die Beschlüsse der sozial-liberalen Regierung, muß man sich fatal an die alte Volksweisheit erinnern fühlen: "Wes Brot ich freiß", des Lied ich sing." Man sollte sich überdies in Erinnerung rufen, was Lothar Späth zum Vorschlag einer Kürzung der Amtsbezüge sagte, bevor die Kohl-Regierung darüber beschloß. Er vertrat die Meinung, das sei doch nur "Schau" und "billige Optik". Dem kann man im Hinblick auf den Kürzungsbeschluß der Kohl-Regierung nur zustimmen.

Die Regierung sollte sich in der nächsten Kabinettsitzung einmal gemeinsam in Erinnerung rufen, was Finanzminister Stoltenberg in der vergangenen Woche im Deutschen Bundestag sagte:

"Der Bürger als Steuerzahler soll die Gewißheit haben, daß seine Steuern und Abgaben sparsam, sorgfältig und überprüfbar für die Staatsaufgaben, das heißt für die großen Gemeinschaftsaufgaben unseres Volkes verwandt werden."

Millionen für die Entlassung von politischen Beamten, für die Ernennung zusätzlicher Parlamentarischer Staatssekretäre, Verquickung von Partei- und Staatsämtern - sind das die großen Gemeinschaftsaufgaben des Volkes? Allein Worte machen noch keine Politik. Die Opposition wird die neue Regierung an ihren Taten messen! (-/19.10.1982/ks/ca)

Die Skepsis der Sachverständigen ist verständlich

Weder Kohls Koalitionsvereinbarung noch die Regierungserklärung weisen
einen Weg aus der Arbeitslosigkeit

Von Dr. Herbert Ehrenberg MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik
der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bundesregierung der neuen Rechtskoalition ist gegen das eindeutige Votum der Wähler vom Oktober 1980 für die sozial-liberale Koalition zustande gekommen. Die Vorsitzenden der CDU und CSU sowie der FDP haben sich der von der Überwiegenden Mehrheit des Volkes erhobenen Forderung nach Neuwahlen verschlossen. Sie haben die sozial-liberale Koalition durch ein destruktives Mißtrauensvotum beendet. Der neue Bundeskanzler hat noch vor seiner Wahl zur Begründung dieser Mißachtung des Wählerwillens und des Dranges zum beschleunigten Machtwechsel ausgeführt: "Wir, die CDU/CSU, stehen in der Pflicht: Für die junge Generation, die Hoffnung und Taten braucht, die sie lange genug entbehren mußte; für die alten Mitbürger, die an ihrem Lebensabend Sicherheit erwarten; für die Arbeitslosen, die Arbeitsplätze suchen."

Diese Begründung verpflichtet die neue Rechtskoalition zusätzlich zu der sich verschärfenden Beschäftigungskrise zu schnellem erfolversprechenden Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Leider lassen weder Koalitionsvereinbarung noch Regierungserklärung erkennen, daß sich der neue Bundeskanzler und der neue/alte Bundeswirtschaftsminister dieser Verpflichtung bewußt sind. Der Sachverständigenrat sagt als Ergebnis der Koalitionsvereinbarung für 1983 300.000 Arbeitslose mehr voraus als in diesem Jahr. Er prognostiziert im Winter einen Anstieg auf 2,5 Millionen.

Zwar versuchen Graf Lambsdorff und Bundeskanzler Kohl das Sondergutachten des Sachverständigenrates in ihrem Sinne zu interpretieren, doch weder Text des Gutachtens noch öffentliche Kommentare bestätigen dies.

In der "Westfälischen Rundschau" vom 12. Oktober 1982 heißt es zum Beispiel: "Der Sachverständigenrat kritisiert scharf Bonner Haushaltspläne: 'Starke Einschnitte in das soziale Netz gefährden Chancen für Aufschwung'." In einem Kommentar des nun wahrlich nicht freundschaftlicher Gefühle gegenüber der SPD verdächtigten "Handelsblattes" heißt es am gleichen Tage: "Die Sachverständigen sind skeptisch, sie halten das Koalitionspapier für unausgereift und voreilig, sie plädieren auf Zeitgewinn, um eine bessere Lösung zu erarbeiten. Und sie haben weitgehend recht."

In dem "Frankfurter Rundschau"-Interview vom 13. Oktober 1982 wird eindringlich vor den "Risiken des Bonner Kurses" gewarnt. Und dies von Professor Hans-Jürgen Krupp, Mitglied des Sachverständigenrates und Präsident des renommierten Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin.

Die Skepsis der Sachverständigen ist verständlich. Der neue/alte Bundeswirtschaftsminister hat seit seinem mißlungenen Konzept vom 9. September 1982 nichts hinzulernt. Und CDU und CSU sind ihm nur zu bereitwillig auf dem einseitigen Kurs ständiger sozialer Leistungskürzungen gefolgt, mit dem Ergebnis, daß die Haushaltsbeschlüsse der neuen Rechtskoalition die schon seit 1981 schrumpfende Gesamtnachfrage nochmals massiv reduzieren. Die weltweite Bankrotterklärung einer einseitig angebotsorientierten Wirtschaftspolitik wird nicht zur Kenntnis genommen. Noch so viele Reisen nach Großbritannien und in die Vereinigten Staaten bewahren CDU/CSU und FDP nicht davor, diese Fehler zu wiederholen. Dabei leuchtet inzwischen selbst konservativen Wirtschaftstheoretikern ein, daß allein die Verbesserung der Angebotsbedingungen nicht ausreicht, um die Investitionslust zu stärken und die Beschäftigung zu verbessern.

Mit der "Operation '82" wurden massive Entlastungen für die gewerbliche Wirtschaft beschlossen. Abschreibungserleichterungen und Investitionsprämie summieren sich für Investitionen des Jahres 1982 fast zu einer Verdoppelung der Steuerersparnis gegenüber 1981, und auch in den Folgejahren ist sie um rund ein Viertel höher als 1981. Trotz



dieser so kräftigen Verbesserung der Kostenrechnung ist der erwartete Investitionsschub ausgeblieben. Stattdessen haben wir weitere Investitionsrückgänge.

Wer keine angebotsorientierten Scheuklappen um seinen ökonomischen Sachverstand hat, wird sich darüber auch nicht wundern. Bei aller Bedeutung der Kostenrechnung für jede Investitionsentscheidung: Wenn die Absatzerwartungen sich laufend verschlechtern, wird auch eine noch so massive Kostenverbesserung nur schwer positive Investitionsentscheidungen hervorlocken können. Sehr viel mehr werden Unternehmer dazu neigen - bei anhaltend hohen Zinserträgen - ihre Gewinne in Kapitalmarktpapieren anzulegen und beschäftigungsmindernde Rationalisierungsinvestitionen vorzunehmen, Erweiterungen aber ängstlich zu vermeiden.

Bei all dem Gerede vom "zu Üppigen Sozialstaat" und der breiten Welle der Forderungen nach Kürzung öffentlicher Leistungen wird negiert, daß öffentliche Leistungen auch Nachfrage bedeuten und daß bei ständiger Verringerung der Gesamtnachfrage mit steigenden Investitionen und damit sich bessernder Beschäftigungslage nicht zu rechnen ist.

Nichts von diesen Erkenntnissen findet sich in Regierungserklärung und Koalitionsvereinbarung. Im Gegenteil: Die beabsichtigten Leistungskürzungen summieren sich zu einem Nachfrageausfall von rund 15 Milliarden Mark, das ist gut ein Prozent des Sozialprodukts, und das wird zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit um rund 300.000 neue Beschäftigungslose Arbeitnehmer führen. Kindergeldkürzungen, Verschiebung der Anpassung in allen Sozialversicherungszweigen sowie in der Kriegsofferversorgung und bei der Sozialhilfe sind bei dieser gesamtwirtschaftlichen Lage nicht nur sozialpolitisch unerträglich, sondern ökonomisch falsch. Diese massiven Kürzungen der Gesamtnachfrage können Anstoß geben, aus der wirtschaftlich bedingten Rezession den Marsch in eine hausgemachte Depression anzutreten.

Auch der Sachverständigenrat geht davon aus, daß sich 1983 der Preisanstieg im Jahresverlauf bestenfalls auf vier Prozent begrenzen läßt (das heißt im ersten Halbjahr ist er höher). Die sozialpolitischen Beschlüsse der Rechtskoalition bringen also für Empfänger dieser Leistungen einen realen Kaufkraftschwund von vier bis fünf Prozent.

Es summieren sich die Leistungskürzungen für

- 1,3 Millionen Renteneempfänger
- 1,1 Millionen Unfallversicherungsempfänger
- 1,9 Millionen Bezieher von Kriegsofferversorgung
- 2,1 Millionen Sozialhilfeempfänger
- 0,2 Millionen Lastenausgleichberechtigte

zu der Größenordnung von 13 bis 14 Millionen (Mehrfach-Leistungen berücksichtigt) Leistungsempfängern und deren Familienangehörigen. Das heißt für mehr als ein Drittel der Bevölkerung wird der Lebensstandard im ersten Halbjahr 1983 um vier bis fünf Prozent gesenkt.

Welcher Unternehmer soll bei diesen amtlich verkündeten Perspektiven mit steigenden Umsätzen rechnen? Und welcher Unternehmer wird, schrumpfende Umsätze vor Augen, seine Investitionen verstärken? Die sowieso schon schwache Investitionsneigung muß durch diese Aussichten restlos zusammenschrumpfen. Stellungnahmen aus der Wirtschaft belegen das.

Die Herren Genscher und Lambsdorff haben im September versucht und versuchen es ständig neu, die Schuld für den Bruch der sozial-liberalen Koalition von sich zu weisen, die Ursachen bei den Sozialdemokraten zu suchen und Sachgründe vorzuschieben. Die Wähler in Hessen und in Bayern haben sich von dieser Legendenbildung nicht täuschen lassen. Sie haben klar erkannt, daß nicht Sachgründe, sondern nacktes Machterhaltungsstreben führender Personen auf dem rechten Flügel der FDP Ursachen des Koalitionsbruchs waren. Und da trotz der eindeutigen Wählerstimmen in Hessen und Bayern die Herren Genscher und Lambsdorff weiter an ihrer Legende häkeln, hier zwei Beweise (die beliebig zu vermehren wären):

1. Die Beschlüsse zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik des Münchner SPD-Parteitag waren für den damaligen Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff "Sozialistische Marterwerkzeuge". In seinem "Scheidungsbrief" für die sozial-liberale Koalition, der den



verlogenen Titel trägt "Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" wird allerdings dann der in München von den Sozialdemokraten geforderte Katalog zusätzlicher Investitionen (von der Verstärkung der Infrastrukturmaßnahmen im Umweltschutz bis zur Verbesserung der Verkehrsversorgung und Maßnahmen zur Ausdehnung der Fernwärme) weitgehend übernommen. Nur sollten diese zusätzlichen Maßnahmen nach des Grafen Lambsdorff Vorstellungen weitgehend durch Leistungskürzungen finanziert werden. Unter anderem durch:

- Kürzung des Arbeitslosengeldes auf 50 Prozent des Nettolohnes für die ersten drei Monate oder/und Einführung von Karenztagen beim Arbeitslosengeld,
- Reduzierung der Rehabilitationsleistungen,
- ersatzlose Streichung des Mutterschaftsurlaubsgeldes,
- Streichung des Schüler-BAföG,
- Senkung des Wohngeldes,
- mehrjährige Minderung der Anpassung in der Sozialhilfe,
- Karenztage bei der Lohnfortzahlung und Ausbau der Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung

und vieles andere mehr.

Nicht alles, sondern nur den kleineren Teil dieses sozialpolitischen Gruselkatalogs hat die Rechtskoalition übernommen. Selbst CDU/CSU hielten diese gräflichen Absichten für unzumutbar. Was bleibt, ist schlimm genug, sozialpolitisch unerträglich und kontraproduktiv für die wirtschaftliche Entwicklung.

2. Seit August 1981 hat Graf Lambsdorff die für die gegenwärtige Konjunkturlage angemessenste Finanzierung zusätzlicher Investitionen durch eine Ergänzungsabgabe für höhere Einkommen kompromißlos abgelehnt. Jetzt soll eine Zwangsanleihe ab 50.000/100.000 Mark Einkommen erhoben werden, deren ökonomische Wirkungen voll mit denen der Ergänzungsabgabe übereinstimmen. Kann Graf Lambsdorff mit diesem Etikettenschwindel sein Gesicht wahren und trotzdem weiter Sachgründe für den Koalitionsbruch vorschieben?

Die kurzfristigen ökonomischen Wirkungen der Zwangsanleihe stimmen mit denen der Ergänzungsabgabe überein. Die verteilungspolitischen sind allerdings sehr viel schlechtere. Mit welcher Legitimation soll der Beitrag der Gutverdienenden zur Verbesserung der Wachstums- und der Beschäftigungslage zurückgezahlt, während alle Leistungskürzungen auf Dauer beschlossen werden? Wer in der Rechtskoalition denkt daran, die erhöhten Arbeitslosenversicherungsbeiträge zurückzuzahlen?

Fragen über Fragen. Fragen der Arbeiter und Angestellten, der Rentner und Versorgungsempfänger, der Schüler und Arbeitslosen. Die Fragen summieren sich, wenn berücksichtigt wird, was alles der neue Bundesarbeitsminister schon in die Welt gepustet hat. Die "Atempause in der Sozialpolitik" des neuen Bundeskanzlers wird ergänzt durch die Lohnpause des Herrn Dr. Blüm. Lohnpause im ersten Halbjahr 1983 vor dem Hintergrund der Tatsache, daß im ersten Halbjahr 1982 die Arbeitnehmereinkommen um 2,7 Prozent, die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen aber um 8,5 Prozent gestiegen sind.



Für 1983 sagt der Sachverständigenrat einen Anstieg der Unternehmereinkommen um etwa zehn, der Arbeitnehmereinkommen um vier Prozent voraus. Was ist das für ein Arbeitsminister, der diesen geringen Anstieg noch übers Jahr gerechnet um die Hälfte reduzieren will?

Von hier aus verständlich, daß in der Regierungserklärung, die ja nicht eine des Bundeskanzlers, sondern der gesamten Regierung ist, das Wort Mitbestimmung nur für die Vergangenheit, Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung überhaupt nicht vorkommen. Zwar hat selbst die neue Rechtskoalition nicht gewagt aus dem "berüchtigten Lambsdorff-Papier" die Vokabel von der Ablehnung einer "Verschärfung der Mitbestimmung" zu übernehmen. Aber die Notwendigkeit, die Mitbestimmung auszubauen und gegen Umgehungen zu sichern, wird sorgfältig verschwiegen. Und Arbeitszeitverkürzungen als unverzichtbares Instrument einer wirksamen Beschäftigungspolitik kommen in der Regierungserklärung genau so wenig vor wie in der Koalitionsvereinbarung.

Positiv für Wachstum und Beschäftigung sind die in der Regierungserklärung angekündigten Verbesserungen der Regionalförderung, beim Hochschulausbau und anderen Gemeinschaftsprojekten. Bisher freilich hat die CDU/CSU-Bundesratsmehrheit ständig darauf gedrängt, Mischfinanzierungen abzubauen. Wenn der Sinneswandel hier auch für den Bundesrat gilt, kann das der wirtschaftlichen Entwicklung nur gut tun. Allerdings nur dann, wenn diese konjunkturgerecht finanziert wird. Davon freilich ist in Regierungserklärung und Koalitionsvereinbarung nichts zu finden. Selbst Bundeskanzler Kohl wird Mehrwertsteuererhöhungen in der Depression und Leistungskürzungen bei schrumpfenden Umsätzen nicht als konjunkturgerechte Finanzierung ansehen können. Und 20 Prozent Mietsteigerungen werden den Wohnungsbau mehr bremsen als die (begrüßenswerten) Förderungen helfen können.

Beides, Regierungserklärung und Koalitionsvereinbarung, enthalten wenig zum Abbau der Arbeitslosigkeit, sehr viel zu ihrer Vergrößerung. 300.000 zusätzliche Arbeitslose als direkte Folge dieser Politik sind schon vorsichtig geschätzt. Die Sozialdemokraten setzen dieser Politik des Kaputtsparens entgegen als Beschlüsse des SPD-Vorstandes vom 11. Oktober 1982:

1. Ausgleich konjunkturbedingter Mindereinnahmen und Mehrausgaben durch Nettokreditfinanzierung und nicht durch weitere Leistungskürzungen.
2. Verstärkung der öffentlichen Investitionen, vor allem im Bereich der Energieversorgung, Wohnumfeld und Wohnungsbau sowie zur Verbesserung des Umweltschutzes und der Verkehrsversorgung.
3. Finanzierung dieser Investitionen über eine befristete Ergänzungsabgabe und durch Schließen von Steuerschlupflöchern.
4. Verstärkter Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums und beschleunigte Einführung von Arbeitszeitverkürzungen auf breiter Front von der Verkürzung der Lebensarbeitszeit bis zur Wochenarbeitszeit. (-/19.10.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

